

Antikriegstag 2019

Göttinger Friedensforum* ruft auf zur Kundgebung



*Das Göttinger Friedensforum ist ein Treffen von Einzelpersonen und Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen.

Kundgebung zum Antikriegstag am 31. August 2019 von 11:00 bis 13:00 Uhr am Nabel, Göttingen

Veranstaltungen zum Thema

Vortragsabend mit Andreas Zumach zum Thema

Iran-Konflikt – wie lässt sich ein Krieg noch vermeiden?

am 9. September um 19:00 Uhr im Großen Saal der Reformierten Gemeinde, Obere Karspüle

Eine Veranstaltung des Göttinger Friedensforums

Aufrüstung zur Kriegsmacht Deutschland, eine Anleitung gegen den Krieg

mit Henrik Paulitz

Leiter der Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung

am 5. September um 19:00 Uhr im Emmi-Nöther-Saal der Uni Göttingen, Wilhelmsplatz

Eine Veranstaltung des IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges –
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) Gruppe Göttingen

Antikriegstag – Geschichte und Aktualität

In der Bundesrepublik wird der 1. September seit 1957 als Antikriegstag zur Erinnerung an den Überfall der Hitler-Armee auf Polen 1939 begangen. Damit begann vor 80 Jahren der Zweite Weltkrieg. Er kostete mehr als 60 Millionen Menschen das Leben.

Nach Kriegsende sollte mit der Gründung der UNO im Juni 1945 eine neue friedlichere Weltordnung geschaffen werden. Die Nürnberger Prozesse legten den Grundstein für ein neues Völkerrecht zur Bestrafung künftiger Kriegsverbrechen.

Diese Vision ist vorerst gescheitert. Mehr als 100 Millionen Menschen starben seit 1945 durch Kriege. Von realer Abrüstung in der internationalen Staatenwelt kann auch nach Ende der Blockkonfrontation zwischen West und Ost keine Rede sein. Die Bundeswehr ist mit zahlreichen Auslandseinsätzen in der Welt präsent.

Die Folge ist eine neue „unübersichtliche Friedlosigkeit“ mit militärischen Konflikten und Verwerfungen im 21. Jahrhundert wie dem Irakkrieg 2003 oder den aktuellen Kriegen in Syrien und dem Jemen.

Wir gehen in Göttingen auf die Straße, da der Frieden nicht über uns kommt, Frieden muss hergestellt werden.

In Deutschland lebt bereits die dritte Generation nach dem 2. Weltkrieg ohne Schrecken und Leid von Kriegserfahrungen. Frieden kommt nicht einfach über uns, dafür muss gestritten werden. Gewerkschaften, politische Initiativen und Vereinigungen sind besorgt über das Wettrüsten, expandierende Waffenproduktion und -exporte sowie digitale Kriegsschauplätze und gehen deshalb am Antikriegstag auf die Straße.

Abrüsten statt aufrüsten Stoppt Waffenexporte INF-Vertrag retten Weltweites Atomwaffenverbot Atomwaffen raus aus Büchel

Geostrategische Machtverschiebungen, Modernisierungsvorhaben bestehender Atomwaffenbestände und die Auflösung von Abrüstungsverträgen – wie ganz aktuell des INF-Vertrages – bedeuten eine Aufrüstungsspirale mit gegenwärtig kaum abzuschätzenden Auswirkungen. Nie war die Kriegsgefahr mit atomaren Waffen größer als in dieser Zeit, in einer Zeit, in der unberechenbare Staatenlenker an der Macht sind.

Die Bundeswehr und die Europäische Union sind an zahlreichen Auslandseinsätzen in der Welt präsent. Und hier geht es nicht darum, Frieden oder Sicherheit für die Menschen herzustellen, sondern um Machtpolitik und Wirtschaftsinteressen oder die militärische Abwehr von flüchtenden Menschen. NATO und EU machen militärisch massiv gegen Russland mobil.

I Abrüsten statt aufrüsten Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme, eine andere Politik muss her:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen und gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland umsetzen, verhandeln und abrüsten.

II Fünf gute Gründe gegen deutsche und europäische Rüstungsexporte

1. Rüstungsexport macht die Welt unsicherer

Waffenlieferungen allein lösen zwar keine inner- oder zwischenstaatlichen Konflikte aus, ermöglichen aber Unterdrückung, Gewalt und Krieg. Das wird am Beispiel des Irak deutlich, der in den siebziger Jahren unter Saddam Hussein immense Waffenlieferungen aus Deutschland, den USA und vielen weiteren Ländern erhalten hat. Seitdem hat das Land drei blutige Kriege durchlitten, die Menschenrechtslage ist katastrophal, und der Irak droht unter islamistischem Terror zu zerbrechen.



*Ihr, die ihr überlebt
in gestorbenen Städten
Habt doch nun endlich
mit euch selbst Erbarmen!
Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht gelangt hätten:
Ich bitt euch,
habet mit euch selbst Erbarmen!*

BERT BRECHT „AN MEINE LANDSLEUTE“

Blick vom Rathausurm über das zerstörte Dresden. Quelle: Foto <https://blog.wikimedia.de/2009/10/01/neue-bilder-von-der-deutschen-fotothek/>

2. Rüstungsexporte erzeugen Vertreibung und Flucht

Seit 2012 verkauft die deutsche Rüstungsindustrie stets über 50 Prozent der Waffen nicht nur an Bündnispartner, sondern an sogenannte Drittstaaten außerhalb von EU und NATO. Die Empfängerländer liegen auch in Krisenregionen, etwa im Nahen Osten und in Nordafrika. Darunter sind Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Viele Geflüchtete, die uns erreichen, fliehen aus eben diesen Regionen vor Terror und Krieg. So tragen die deutschen und europäischen Rüstungsexporte zu Vertreibung und Flucht bei.

„Die EU wurde 2012 zum Friedensnobelpreisträger gekürt. Im selben Jahr führte die EU Rüstungsgüter im Wert von 39,9 Mrd. Euro aus und war damit Rüstungsweltmeister.“

3. Kleinwaffen sind die neuen Massenvernichtungswaffen

Deutschland gehört zu den weltweit größten Exporteuren von Kleinwaffen. Diese lassen sich leicht verstecken oder in andere Länder transportieren, ohne dass man etwas dagegen tun könnte. Und sie töten mehr Menschen, als jede andere Waffenart – schätzungsweise eine halbe Million jedes Jahr. Davon sterben die wenigsten in Kriegen: Gerade terroristische und kriminelle Organisationen wie der „Islamische Staat“, Drogenkartelle oder Mafiagruppen setzen auf Kleinwaffen.

4. Waffen können jederzeit in „falsche Hände“ fallen

Niemand weiß, wo überall deutsche Waffen im Einsatz sind. Das trifft vor allem auf Kleinwaffen zu. Viele davon wurden erbeutet oder weiterverkauft – man spricht von Proliferation. So wurden Bürgerkriegsmilizen im Jemen von Saudi-Arabien mit deutschen G3-Gewehren versorgt. Auch Terroristen des selbsternannten „Islamischen Staates“ wurden schon mit G3-Gewehren gesichert. Und in Afghanistan kämpften die Taliban teilweise sogar mit deutschen Waffen gegen die Bundeswehr!

5. Die Exporte der Rüstungsindustrie haben keine volkswirtschaftliche Relevanz

Für die exportstarke deutsche Volkswirtschaft spielen Rüstungsexporte kaum eine Rolle. Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2015 machten sie nur 0,83 Prozent des Wertes aller deutschen Exporte aus. In den Empfängerländern hingegen könnten die Ausgaben für deutsche Waffen besser in Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur investiert werden.

III Kündigung des INF-Vertrages über Mittelstreckenraketen und neuer atomarer Rüstungswettlauf

Nachdem Anfang Februar 2019 zunächst die Trump-Administration und dann auch die Regierung Putin den Austritt aus dem INF-Vertrag von 1987 angekündigt haben, droht ein atomarer Aufrüstungswettlauf in Europa.

In den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts demonstrierten in der bis heute größten Friedensbewegung Millionen Menschen gegen die als „Nachrüstung“ bekannte atomare Aufrüstung in Mitteleuropa mit US-amerikanischen Mittelstreckenraketen (Pershing II und Cruise Missiles) sowie sowjetischen SS20-Raketen. Im Dezember 1987 führten diese Demonstrationen zum Erfolg: Die Präsidenten der USA und der damaligen Sowjetunion beschlossen mit dem INF-Vertrag das Verbot landgestützter, mit Atomsprenköpfen bestückbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometern. In Umsetzung dieses Abkommens verschrotteten die USA und die UdSSR ihr gesamtes, fast ausschließlich auf dem eurasischen Kontinent stationiertes Arsenal von 2700 Atomwaffen. So kam es dazu, dass erstmalig Atomwaffen nicht nur begrenzt sondern sogar zerstört wurden: Statt „nur“ Rüstungskontrolle brachte der INF-Vertrag eine echte Abrüstung!

Bis 2014 wurden die im INF Vertrag vereinbarten, Vertrauen und Sicherheit schaffenden Kontrollmechanismen angewendet. Dann wurden sie wegen der gegenseitigen nicht geklärten Vorwürfe ausgesetzt.

Aus der Opposition im Bundestag gibt es Stimmen, die auch die Vorwürfe Russlands an die USA und die NATO berücksichtigen. Gefordert wird eine Abrüstungsinitiative, um den Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu sichern: Die NATO solle Russland anbieten, auf US-Raketenabwehrsysteme in Europa (Rumänien und Polen) zu verzichten und die taktischen Atomwaffen der USA aus Deutschland (Büchel) und anderen europäischen Staaten abzuziehen. Im Gegenzug müsse Russland bei den bereits in Kaliningrad stationierten Iskander-Raketen (Reichweite knapp 500 km) sowie bei Marschflugkörpern abrüsten.

Wichtig wäre eine baldige und umfassende Wiederaufnahme dieser Kontrollmechanismen zur Überprüfung der gegenseitigen Vorwürfe aus Washington und Moskau, die bislang auf beiden Seiten bloße Behauptungen sind.

Die Regierungen der europäischen NATO-

Verbündeten haben mit vorschnellen, vasallentreuen Solidaritätsadressen ihre eigenen Einflussmöglichkeiten zur Rettung des Abkommens sowohl in Washington als auch in Moskau geschwächt. Deshalb sind auch Beteuerungen und Beschwichtigungen wie die vom deutschen Außenminister Heiko Maas (SPD) wenig glaubwürdig. Im Gegenteil: Aus CDU/CSU-Kreisen und politisch nahen Parteien im europäischen Ausland tönt: Um Russland zu Konzessionen zu zwingen, müssten alle Optionen, einschließlich der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, auf den Tisch.

Erheblich verschärft wird die bedrohliche Lage durch die modernisierte Technik der neuen Atomwaffen. Sie übertreffen die alten Pershing II- und SS20-Raketen bei weitem hinsichtlich Geschwindigkeit (Hyperschallraketen), Präzision, Zerstörungskraft, Steuerungsfähigkeit und der Möglichkeit, auch bewegliche Ziele zu treffen.

Das Ende des INF-Abkommens wird nicht nur zu einem neuen gefährlichen atomaren Rüstungswettlauf der USA und Russlands in Europa führen, sondern auch global. Die Chance, dass sich Washington und Moskau dann noch auf ein Nachfolgeabkommen für den 2021 auslaufenden START-Vertrag mit zahlenmäßigen Obergrenzen für strategische Atomsprengköpfe und ihre Trägersysteme (Interkontinentalraketen, U-Boote, Langstreckenbomber) einigen können, werden von Rüstungskontrollexperten als minimal beurteilt.

Und sollten die USA und Russland wieder ungehemmt atomar aufrüsten, entgegen ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty = NPT), wird auch dieses Abkommen immer stärker in Frage gestellt werden.

Eine neue Eskalation der atomaren Aufrüstung in den USA und Russland wird zudem auch zu entsprechenden Anstrengungen in China führen sowie in der Folge dann auch in den beiden inoffiziellen Atomwaffenstaaten Indien und Pakistan.

IV Weltweites Atomwaffenverbot

2017 hat die UN im sog. Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW = *Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*) die Ächtung atomarer Waffen erklärt. Danach sind Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz atomarer Waffen verboten. Vorangegangen war ein langer Prozess unter Mitarbeit von fast 500 Organisationen unter dem Dach von „ICAN“ (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*). Dieser Organisation wurde 2017 der Friedensnobelpreis zugesprochen.

Seitdem haben 122 Staaten diesen Verbotsvertrag ratifiziert, Deutschland bisher nicht. Das muss sich ändern!

Auf Initiative verschiedener Göttinger Antiatom-Gruppen hat der Stadtrat eine Aufforderung an die Bundesregierung verabschiedet, diesen Vertrag zu unterschreiben.

V Atomwaffen raus aus Büchel

Im Fliegerhorst Büchel in der Eifel lagern etwa 20 Atombomben der USA. Piloten der Bundeswehr üben den Abwurf dieser Atombomben. Obwohl Bundesrat und Bundestag 2012 den Abzug der Bomben mehrheitlich beschlossen haben, wurde von der jeweiligen Bundesregierung seither nichts für einen Abzug unternommen. Damit besteht eine nukleare Teilhabe Deutschlands, die gegen die Statuten der Nichtverbreitung atomarer Waffen (NPT) verstößt.

Mit der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei. Jetzt!“ setzt die Friedensbewegung sich nicht nur für den Abzug der US-Atomwaffen aus der Eifel ein, sondern fordert auch die Unterzeichnung des UNO-Vertrages für das weltweite Verbot sämtlicher Atomwaffen durch Deutschland. Das hätte zwangsläufig die Verschrottung statt der geplanten Modernisierung der Nuklearbomben in Büchel zur Folge.

Unterstützer*innen:

Vera u. Ernst Achilles, Jürgen Beisiegel, Wolfgang Bittner, Axel Brennecke, Dr. Manfred Engelbert, Hendrik Falkenberg, Frauke Hildebrandt und Prof. Dr. Jan Hildebrandt, Ludger Gailard, Elvira Kalusa, Ruth Kiefer, Ursula Kordilla, Dr. Gerd Krauth, Mario Lehmann, Anna Leinweber, Jost Leßmann, Sabine Lösing, Nele Müller, Prof. Dr. Roland Nau, Ull und Gerd Nier, Armin Papendick, Paulus Paulerberg, Edda Pinne und Horst Pinne, Oliver Preuß, Christine Rose, Henry Royek, Bärbel Safieh, Beate Schminke Gebauer und Dr. Karl Gebauer, Renate Scheiner, Anna Schreiner, Ulla und Dr. Ulrich Schwadmann, Hans-Georg Schwedhelm, Michael Seele, Christa und Gunnar Siebecke, Bernd Siebeneichner, Ecki Stedeler, Britta Talke, Nina Ulber, Klaus Peter Wittenmann, Maria Zimmermann
Amistad von Nicaragua e.V., Anti-Atom Initiative, attac Göttingen, Deutsche Friedensgesellschaft – VK/Gruppe Göttingen, Diem 25, Freie Altenarbeit Göttingen e.V., Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V./Regionalgruppe Göttingen, Fridays for Future Göttingen, Groner Bürgerinitiative Antifaschismus (GRÖBIAN), IPPNW – Gruppe Göttingen, Naturfreunde Göttingen, Schule ohne Bundeswehr Göttingen, verdi-ÖV Göttingen, Verein für interkulturelle Nachbarschaft in Grone e.V. (IN Grone), DKP Göttingen, WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke, Kreisratsfraktion P2+, Wählergemeinschaft Northheim 21